

# Ausland

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **18 (1926)**

Heft 8

PDF erstellt am: **12.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wanderungsamtes angestrebt werden, in welchem die gewerkschaftlichen Organisationen eine entsprechende Vertretung erhalten sollen. Ein zu schaffendes internationales Wanderungsamt soll internationale Abkommen und Empfehlungen über das Wanderungswesen formulieren und ausführliche und zuverlässige Auskünfte bezüglich der Wanderung erteilen. Die Propaganda für Auswanderung seitens privater Transportgesellschaften soll verboten werden, ebenso sollen alle privaten Wanderungsagenturen abgeschafft werden. Den eingewanderten Arbeitern soll durch Gesetz dasselbe Recht gewährleistet sein wie den einheimischen Arbeitern. Die Sozialgesetzgebung soll auch auf sie Anwendung finden. Dem IGB wird die Aufgabe zugewiesen, alle nötigen Vorkehrungen zu treffen, um die Organisierung der einwandernden Arbeiter zu fördern.

**Internationale Buchbinder-Föderation.** Vom 7. bis 9. Juni fand in Kopenhagen die sechste Konferenz der internationalen Buchbinderföderation statt, zu der die Organisationen von 12 Ländern ihre Delegierten entsandt hatten. Als Gäste wohnten Vertreter des internationalen Buchdruckersekretariates, der dänischen Landesorganisation und des internationalen Arbeitsamtes den Verhandlungen bei.

Der vom Sekretär der Internationale, Genosse Hochstrasser, schriftlich abgelegte und durch mündliche Ausführungen ergänzte Bericht wurde unter Anerkennung der geleisteten Arbeit genehmigt. Seitens der skandinavischen Verbände wurde beantragt, die internationalen Konferenzen mit Rücksicht auf die Kosten inskünftig nur mehr alle drei Jahre einzuberufen; immerhin soll das Sekretariat das Recht haben, wenn sich die Notwendigkeit ergibt, auch vorher eine Konferenz einzuberufen. Die Konferenz stimmte diesem Antrag zu; ebenso einem solchen auf Propagierung einer internationalen Wertsprache.

Ueber die Organisations-, Arbeits- und Wirtschaftsverhältnisse sollen dem internationalen Sekretariat vierteljährliche Berichte erstattet werden. Der italienischen Organisation soll die Unterstützung der Internationale gewährt werden. Die Beitragsleistung an das Sekretariat wurde so geregelt, dass jährlich 16 Spitzenstundenlöhne pro 100 Mitglieder an das Sekretariat zu leisten sind. Die Frage der internationalen Gültigkeit der Reise- und Arbeitslosenunterstützung wurde dem Sekretariat zur Prüfung überwiesen.

Die Konferenz befasste sich darauf mit der Schaffung eines Reservefonds zum Zwecke der Unterstützung bei grösseren Streiks und Aussperrungen. Ueber die Zweckmässigkeit und Notwendigkeit einer solchen Institution herrschte unter den Delegierten Einmütigkeit; mehr Mühe veranlasste die Frage der Höhe der Leistungen. Schliesslich wurde der internationalen Kommission das Recht zugestanden, die Höhe der Beiträge für die Unterstützung grösserer Streiks und Aussperrungen unter Berücksichtigung der Tragfähigkeit der Verbände selbständig festzusetzen. Für die Bildung des Reservefonds sollen die angeschlossenen Verbände ab 1. Juli 1926 pro Mitglied und Jahr einen Beitrag von 20 Rappen leisten, bis dieser eine ausreichende und die erste Hilfeleistung sicherstellende Höhe erreicht hat.

Einer scharfen Kritik wurde die Haltung der englischen Organisation unterzogen, die aus der Internationale ausgetreten ist. Es wurde eine Resolution angenommen, die der Hoffnung Ausdruck gibt, dass sich auch die englische Kollegenschaft der Notwendigkeit des internationalen Zusammenschlusses nicht mehr entziehen möge. In der tschechoslowakischen Frage konnte eine endgültige Lösung nicht gefunden werden; immerhin ist zu hoffen, dass der Zusammenschluss der beiden Landeszentralen Tatsache wird und dass sich dann

auch die einzelnen Verbände besser verständigen können.

Anträge zur Frauenarbeit, zur Lehrlingsfrage und zur Frage der Industrieverbände wurden dem Sekretariat zum Studium überwiesen. Als internationaler Sekretär wurde Hochstrasser (Bern) bestätigt. Die Exekutive setzt sich zusammen aus zwei Vertretern der Schweiz und je einem Vertreter Deutschlands, Skandinaviens und Oesterreichs.



## Ausland.

**Bauarbeiterlöhne in Neuyork.** Die vom Arbeitsdepartement der Vereinigten Staaten herausgegebene «Monthly Labor Review» enthält in ihrer Juni-Nummer eine Tabelle über die Steigerung der Löhne der Neuyorker Bauarbeiter in den letzten drei Jahren. Danach betrug der *Taglohn* für folgende Berufe in den Jahren

	1923 Dollars	1924 Dollars	1926 Dollars
Maurer . . . . .	10—12	12	14
Maurergehilfen . . . . .	7—8	8	9
Zimmerleute . . . . .	9—10	10.50	12
Intallateure . . . . .	9—10	10—10.50	12
Intallateurgehilfen . . . . .	5.50—6.50	6.50—7.—	9
Maler . . . . .	9—10	10.50	12
Dachdecker . . . . .	9—10	12	13.50
Steinhauer . . . . .	10—12	12	14

Ein gelernter Bauarbeiter verdient also heute in Neuyork 60 bis 70 Franken im Tag. Auch wenn die höhern Kosten der Lebenshaltung in den Vereinigten Staaten in Betracht gezogen werden, ergibt sich eine gewaltige Besserstellung dieser Neuyorker Bauarbeiter gegenüber ihren Kollegen in Europa.

**Russland.** Die vierte Plenarsitzung des Zentralsoviets des russischen Gewerkschaftsbundes. Vom 7. bis 12. Juni tagte im Kolonnensaal des Moskauer Gewerkschaftshauses die 4. Plenarsitzung des Zentralsoviets des russischen Gewerkschaftsbundes. Schon in der Eröffnungsansprache unterstrich der Vorsitzende *Tomski*, dass entsprechend dem Wunsche der letzten Plenarsitzung des Zentralsoviets diesmal lauter *rein praktische Fragen* zur Behandlung gelangen. Die Tagesordnung wies nämlich folgende Traktanden auf: 1. *Sozialversicherung*, 2. *Arbeitslosigkeit*, 3. *Arbeiterschutz*, 4. *Wohlungswesen*, 5. *Produktionskommissionen*, also alles Fragen, die auch in Westeuropa in den Tätigkeitskreis der Gewerkschaften fallen. Die allgemein politischen Fragen, die bis jetzt alle Sitzungen ausgefüllt hatten, figurierten nicht mehr auf der Tagesordnung.

Vor der Behandlung der Traktandenliste wurde ein Vortrag über den englischen Generalstreik gehalten. Die Ausführungen *Tomskis* stachen gewaltig von der gewohnten kommunistischen Phraseologie ab, soweit das Organ der Sovietangestellten, die Moskauer *Nascha Gaseta*, die Ausführungen wiedergibt. Er unterstrich, dass «der englische Generalstreik einer der grössten Arbeitskolliekte in der Geschichte ist, dessen Bedeutung besonders darin liegt, weil er im Lande des klassischen Kapitalismus ausgefochten wurde». Zwar musste auch er die aller Wahrheit widersprechende Behauptung aufstellen, dass die englischen Gewerkschaften die Fortsetzung des Streiks der Bergarbeiter verurteilen. Das Manifest des Zentralsoviets sieht in jedem Schritt des Generalrates nur einen Haken gegen Sovietrussland. *Losowski* stellte dann selbst fest, dass «das Niederringen des Streiks die Arbeiterbewegung für gewisse Zeit zurückgeworfen habe», was aber die Wahlen der letzten Zeit nicht bestätigten.

Ueber die *Sozialversicherung* referierte das Mitglied des Kollegiums des Arbeitskommissariats *Nemtschenko*. Er konstatierte, dass im I. Quartal 1926 die Versicherungs-

beiträge bis zu 97 Prozent eingegangen seien, aber « wir können dennoch nicht die Bedürfnisse der Versicherten befriedigen ». Die verschiedenen Zweige der Sozialversicherung weisen folgendes prozentuelles Verhältnis im Jahre 1925 auf: Die vorübergehende Arbeitsunfähigkeit erforderte 38 % der Auslagen, die Notunterstützungen 15 %, Sanatorien und Erholungsheime 9 % oder zusammen 62 %. Für die Invaliden (hauptsächlich Kriegsinvalide) gab die Sozialversicherung 21 % aus, für die Arbeitslosen 10 %. Die Verwaltungsausgaben beliefen auf 6 % der Gesamtausgaben. Für das laufende Jahr sind die Ansätze für die erste Kategorie von 62 auf 56 % der Gesamtausgaben herabgesetzt worden. *Die Versicherungskasse macht jetzt Defizite und lebt nur noch von den früher angelegten Kapitalien.* Auf die Frage, wie dieser Zustand zu erklären sei, antwortete der Berichterstatter, dass *in den letzten drei Jahren die Beiträge von den industriellen Unternehmungen immer mehr herabgesetzt wurden.* Dazu muss die Kasse noch für 20,000 kranke Kriegsinvalide und die pensionierten Lehrer aufkommen und noch die Kampagne gegen die obdachlosen Kinder finanzieren. Ausserdem wächst die Zahl der Krankheitsfälle zu furchterregenden Ausmassen.

In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass jedenfalls in der jetzt eben entfesselten Kampagne für Produktionseinsparungen diese Einsparungen nicht auf Kosten der Versicherungsbeiträge durchgeführt werden sollten. Der Remont der Kurorte sollte nicht auf Kosten der lokalen Erholungsheime forciert werden. Der Arbeitskommissar Schmidt erklärte diese Erscheinung des Defizites dadurch, dass die Zahl der Versicherten sich von 5 auf 7 Millionen erhöhte, während die Einnahmen der Kasse nicht in dieser Proportion gestiegen seien.

Ueber die *Arbeitslosigkeit* referierte das Mitglied des Kollegiums des Arbeitskommissariats *Gindin*. Die Zahl der Arbeitslosen schwankt immer um zwei Millionen herum. Die Industriearbeiterschaft ist mit 18 % beteiligt, während solche, die entweder ihre Kräfte zum erstenmal anbieten oder vom Lande kommen, 35 % ausmachen. *Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit* wird an erster Stelle durch das *Anlernen* der ungelerten Arbeiter geführt. Die Kurse der Zentralbildungsanstalt bereiten jährlich 10,000 neue Kräfte vor. Dann sind *Arbeitskollektive* gebildet worden, aber der Berichterstatter wie die Diskussionsredner üben scharfe Kritik an diesen Kollektiven, viele von ihnen haben sich zu Spekulationsgesellschaften entwickelt. *Die Notstandsarbeiten* haben im Laufe von drei Jahren 200,000 Arbeitslose beschäftigt und im Jahre 1925 zirka 8 Millionen Rubel verschlungen. Das laufende Jahr sieht solche für 6 Millionen vor, die aber noch durch die Gemeinden um 6 Millionen vermehrt worden sind. Der Tagelohn ist von 90 Kopeken auf 2 Rubel bei den Notstandsarbeiten erhöht worden. Für die Arbeitslosenunterstützungen werden 40 Millionen verausgabt.

Die Diskussion drehte sich um zwei Fragen: Man soll in erster Linie für die städtischen Arbeitslosen und ihre Kinder sorgen und die Arbeitsbörsen, die als Arbeitsnachweise dienen, reformieren. Besonders scharf wurden die Arbeitsbörsen angegriffen, die bei den Arbeitern verrufen sind, weil man durch sie keine Arbeit erhält: Die Industrien beziehen ihre Arbeitskräfte « von der Seite » auch die Gewerkschaften bedienen sich ihrer nicht.

Am meisten Zeit wurde der Frage des *Arbeiterschutzes* gewidmet. Der Berichterstatter *Kaplun*, wieder ein Mitglied des Kollegiums des Arbeitskommissariats, unterstrich an erster Stelle den Unfug des *Ueberstundenwesens*. Die Ueberstunden erreichten 16 % aller Arbeiter (in der Ukraine selbst 30 %). Ein anderes Uebel hat sich ebenso eingebürgert, indem die gesetzlich stipulierte *42 stündige ununterbrochene wöchentliche Ruhepause nicht eingehalten wird.* Da sündigen am meisten die Bergwerke

des Donbezirks. Man könne im allgemeinen feststellen, dass da, wo dieser gesetzlichen Massnahme nicht nachgelebt wird, die « blauen » Tage sich vermehren. *Kaplun* weist auf die Zunahme der Unfälle hin und betont, dass unter keinen Umständen die Sparmassnahmen auf Kosten des Arbeiterschutzes gehen dürfen.

In der Diskussion unterstreicht der Arbeitskommissar *Schmidt*, dass der « technische Schutz bei uns schlecht bestellt ist », und in seinem Schlusswort weist *Kaplun* noch darauf hin, dass die Gewerkschaftsverbände für das Ueberstundenwesen mitverantwortlich sind, denn die Arbeitsinspektoren gewähren Ueberstunden erst, wenn der betreffende Gewerkschaftsverband seine Zustimmung dazu gegeben hat.

Da der Bericht über das Wohnungswesen verschoben wird, wird noch die Frage der *Produktionskommissionen* behandelt. Der Berichterstatter *Wladimirow* ist der Meinung, dass die Produktionskommissionen vieles zur Reorganisation der Betriebe beigetragen haben. In Leningrad haben diese Kommissionen 9600 verschiedene Anträge gestellt, von denen 62 % angenommen wurden und produktionsfördernd gewirkt haben. Man müsse nur in ihnen von der Politik absehen. In der Diskussion weist *Arsenjew* darauf hin, dass in zehn Betrieben der Metall- und Elektrizitätsindustrie im Laufe von vier Monaten 466 Anträge von den Produktionskommissionen gestellt, von denen 70 % angenommen worden sind (36 % stammten von Arbeitern, 34 von den Vorarbeitern und 23 vom technischen Personal). *ik.*

**Russland.** Das gewerkschaftliche Bulletin des Zentralrates der russischen Gewerkschaften veröffentlicht Angaben über die Mitgliederbewegung der russischen Gewerkschaften in der Zeit vom 1. Oktober 1925 bis zum 1. Januar 1926.

Danach hat sich in diesem Zeitraum die Gesamtmitgliederzahl um 456,200 gesteigert; sie ist von 7,846,800 auf 8,303,000 angewachsen. Die Land- und Forstwirtschaft verzeichnete zu Beginn des Jahres 861,300 Organisierte, die Industrie 3,535,900 Organisierte, das Transport- und Verkehrswesen 1,335,500, Staatsinstitutionen, soziale Anstalten und Handelsunternehmungen 2,169,000 organisierte Arbeiter. In allen aufgeführten Berufsgruppen, mit Ausnahme des Baugewerbes, wird eine Zunahme der organisierten Arbeiter festgestellt. Der Rückgang der Bauarbeiten ist auf die Beendigung der Bausaison zurückzuführen.

Wir geben diese Zahlen kommentarlos und lediglich zur Orientierung wieder, da uns die Grundlagen der obigen Gewerkschaftsstatistik nicht bekannt sind und sich deshalb irgend ein Vergleich oder ein Zweifel nicht anbringen lässt. Immerhin geht aus dem Bericht der englischen Delegation über Russland hervor, dass der Beitritt zu den Gewerkschaften kollektiv oder individuell erfolgen kann und dass Ende 1924 die individuelle Mitgliedschaft und Beitragszahlung 76 Prozent der Gesamtmitgliederzahl ausmachten. Ein schlüssiges Urteil über den Stand der russischen Gewerkschaften lässt sich aber erst fällen, wenn sich die Zahl der Organisierten mit der Zahl der Beschäftigten vergleichen lässt und wenn auch Angaben über die Höhe der Beiträge usw. zur Verfügung stehen.

**Tschechoslowakei.** In Anwesenheit von 272 Vertretern von 47 angeschlossenen Verbänden und zahlreicher Gäste fand vom 3. bis 6. Juni 1926 in Prag der VIII. Kongress der tschechoslowakischen Gewerkschaftsvereinigung statt. Vor Eintreten auf die Verhandlungen wählte der Kongress verschiedene Arbeitskommissionen und entbot der im Kampfe stehenden englischen Arbeiterschaft seine solidarischen Grüsse.

Am zweiten Verhandlungstag referierte Genosse *Tayerle* über die Tätigkeit der Gewerkschaftszentrale;



der gedruckt vorliegende Bericht wurde genehmigt. Der Kongress hörte darauf Referate an über die wirtschaftlichen Aufgaben der Gewerkschaftsorganisationen (Tayerle) und über die Betriebsausschüsse und wirtschaftliche Demokratie (Hampf).

Ein ausserordentlich wichtiges Traktandum kam am dritten Verhandlungstage zur Sprache: Die Frage der Vereinheitlichung der tschechischen Gewerkschaftsbewegung. Aus dem Referat des Genossen Tayerle und aus den Voten der Diskussionsredner ging der Wunsch der tschechoslowakischen Arbeiterschaft auf Schaffung einer einheitlichen und geschlossenen Bewegung hervor. In einer einmütig angenommenen Entschliessung wird diesem Wunsche ebenfalls Ausdruck gegeben und der Zentralgewerkschaftsrat beauftragt, die für die Herbeiführung des Zusammenschlusses eingeleiteten Schritte fortzusetzen.

Der Kongress befasste sich hierauf mit taktischen Fragen und hörte Referate über die Organisationen und Arbeitsbedingungen der öffentlichen und der privaten Angestellten an. Auch sozialpolitische Angelegenheiten wurden behandelt, und eine einmütig angenommene Resolution fordert die Schaffung einer einheitlichen Gesetzgebung über das Arbeitsrecht. Ferner werden Gesetze verlangt über die Arbeitsgerichte, die Verbindlichkeit der Kollektivverträge und die Koalitionsfreiheit.

Die Wahlen in den Zentralgewerkschaftsrat erfolgten einstimmig. In einer weiteren Entschliessung nimmt der Kongress gegen alle faschistischen Strömungen Stellung und verpflichtet die Gewerkschaftsverbände und Organisationen, diese verderbliche und für die Arbeiterschaft schädliche Bewegung bereits im Keime zu bekämpfen.



## Literatur.

*Arbeiter und Maschine.* Ausgewählte Lesestücke zum Studium der politischen Oekonomie. Herausgegeben von Prof. Karl Diehl und Prof. Paul Mombert. Verlag G. Braun, Karlsruhe, 1925, 216 Seiten. Geb. Mk. 4.—

Im 20. Band der von Diehl und Mombert herausgegebenen, ausgezeichneten Sammlung «Ausgewählte Lesestücke zum Studium der politischen Oekonomie» wird ein Problem behandelt, das besonders für die Arbeiterschaft von allergrösster Bedeutung ist. Die Beziehungen zwischen Maschine und Mensch sind ungeheuer mannigfaltige. Während beim Aufkommen der Maschinen zunächst die rein wirtschaftliche Seite der Frage im Vordergrund stand, ist sehr bald auch die Frage nach dem Einfluss der Maschine auf das Seelenleben des daran beschäftigten Arbeiters brennend geworden. Das wirtschaftliche Problem Arbeiter — Maschine ist heute einigermassen gelöst, indem ein fördernder Einfluss der Technik auf den kulturellen Fortschritt im allgemeinen anerkannt wird. Noch ganz unabgeklärt ist jedoch die psychologische Seite des Problems, die Mechanisierung und Entseelung der Arbeit, welche die Maschine verursacht. Und das ist ein Kernpunkt der ganzen sozialen Frage, der aber insbesondere auch in der Arbeiterbewegung noch nicht in seiner vollen Bedeutung erfasst worden ist.

Das Problem «Arbeiter und Maschine» ist auch heute noch sehr zeitgemäss und wird es noch für lange Zeit bleiben. Zu seiner Vertiefung leistet das vorliegende Bändchen ausgezeichnete Dienste. Es enthält Abschnitte aus den bedeutendsten Werken, die über diese Frage geschrieben worden sind. Wir vernehmen die Meinung der bürgerlichen Nationalökonomie wie die der Sozialisten, die der Befürworter des Maschinen-

wesens wie derer, welche seine grossen Gefahren erkennen. Marx, Sismondi, Owen sind u. a. vertreten mit Abschnitten aus ihren Hauptwerken. Aus Webbs klassischem Werk über die englische Gewerkschaftsbewegung erfahren wir, welche Haltung die Arbeiterorganisationen zum Maschinenproblem eingenommen haben und wie sich ihre Stellung nach und nach geändert hat. Jeder Schriftsteller, der zitiert wird, betrachtet das Thema wieder von einer etwas anderen Seite, was dem Leser seine ganze Kompliziertheit zum Bewusstsein bringt und ihn zu weiterem Nachdenken anregt. Die Einleitung von Paul Mombert fasst die verschiedenen Auffassungen in trefflicher Weise zu einer kurzen Gesamtdarstellung zusammen.

M. W.

*Wirtschafts-Informations-Dienst für Gewerkschaftsvorstände und Gewerkschaftsfunktionäre.* Verlag: Karl Zwing, Jena. Preis vierteljährlich Mk. 2.—

*Weg der Wirtschaft.* Wirtschaftspolitische Blätter des AfA-Bundes, Berlin. Preis vierteljährlich Mk. 2.40.

Die Erkenntnis, dass die Gewerkschaften den wirtschaftlichen Vorgängen grosse Aufmerksamkeit schenken müssen, setzt sich erfreulicherweise immer mehr durch. Angesichts des sich ständig häufenden Materials, das von amtlicher wie von privater Seite herausgegeben wird, ist es jedoch für den einzelnen Gewerkschaftsfunktionär fast unmöglich, die in allen möglichen Zeitschriften zerstreuten Angaben zu sichten und zweckentsprechend zu verwerten. Es ist daher zu begrüssen, dass Versuche gemacht werden, um solches Wirtschaftsmaterial der Gewerkschaftsbewegung verarbeitet zur Verfügung zu stellen. Fast gleichzeitig haben in Deutschland zwei Publikationen dieser Art zu erscheinen begonnen. Der deutsche Allgemeine freie Angestelltenbund gibt unter dem Titel «Weg der Wirtschaft» monatlich Blätter heraus, die an Hand von Tabellen und Erläuterungen über den Arbeits-, Waren-, Geld- und Kapitalmarkt, die öffentlichen Finanzen, die Weltproduktion und die allgemeine Wirtschaftslage orientieren. Die Blätter können kartothekmässig aufbewahrt werden. Etwas anderer Natur ist der von den Genossen Heinig & Zwing monatlich herausgegebene «Wirtschafts-Informations-Dienst». Hier wird in jeder Nummer ein Spezialproblem behandelt (in den ersten zwei Heften die Dividende und der Konzern) und mit Beispielen aus der Praxis belegt. Beide Veröffentlichungen sind naturgemäss auf deutsche Verhältnisse zugeschnitten und können der Arbeiterbewegung in Deutschland gute Dienste leisten. Wenn auch bei uns, wo keine Betriebsräte bestehen, das direkte Bedürfnis nach solchen Informationen weniger dringend erscheint, so ist doch zu hoffen, dass auch unsern Gewerkschaftsfunktionären mit der Zeit etwas Ähnliches zur Verfügung gestellt werden kann.

M. W.

*Margarita Gagg: Wesen und Aufgabe des Arbeiterinnenschutzes.* Berner Diss. 1925. Huber & Co., Frauenfeld. XI u. 59 Seiten.

Die Verfasserin bespricht zunächst Wesen und Aufgabe der Sozialgesetzgebung im allgemeinen, wobei sie zum Schlusse kommt, die Sozialgesetzgebung bezwecke einen wirtschaftlichen Ausgleich der Machtverhältnisse, damit die Demokratie auch auf wirtschaftlichem Boden verwirklicht werde. Der Inhalt der Sozialgesetzgebung ist in der Hauptsache Arbeiterschutz, und auch der Arbeiterinnenschutz ist grundsätzlich nicht wesensverschieden vom Schutz für die männlichen Arbeiter. Dass es eines besondern Schutzes für die Arbeiterinnen bedarf, geht aus der erhöhten Schutzbedürftigkeit der Frauen hervor, nicht nur um ihrer selbst, sondern auch um der Kinder willen. Arbeiterinnenschutz ist auch Mutterschutz. Der Arbeiterinnenschutz muss aber Rücksicht nehmen auf die Existenzverhältnisse der